

ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Verlag
 Verlagsanschrift:
 Oemus Media AG
 Holbeinstraße 29
 04229 Leipzig
 Tel.: 03 41/484 74-0
 Fax: 03 41/484 74-2 90
 E-Mail: kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion
 Roman Dotzauer (rd)
 Betriebswirt d. H.
 (V.i.S.d.P.)
 E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de

Katja Römhild (kr)
 (Assistentin Chefredaktion)
 E-Mail: katja.roemhild@dotzauer-dental.de

Redaktionsleitung
 Cornelia Pasold (cp), M.A.
 Tel.: 03 41/484 74-1 22
 E-Mail: c.pasold@oemus-media.de

Redaktion
 H. David Kossmann (hdk)
 Tel.: 03 41/484 74-1 23
 E-Mail: h.d.kossmann@oemus-media.de

Christina Wendt (cw)
 Tel.: 03 41/484 74-1 43
 E-Mail: ch.wendt@oemus-media.de

Matthias Ernst (me), ZT
 Betriebswirt d. H.
 Tel.: 09 31/5 50 34
 E-Mail: ernst-dental@web.de

Projektleitung
 Stefan Reichardt
 (verantwortlich)
 Tel.: 03 41/484 74-2 22
 E-Mail: reichardt@oemus-media.de

Anzeigen
 Lysann Pohlann
 (Anzeigendisposition/
 -verwaltung)
 Tel.: 03 41/484 74-2 08
 Fax: 03 41/484 74-1 90
 ISDN: 03 41/484 74-31/-1 40
 (Mac: Leonardo)
 03 41/484 74-1 92 (PC: Fritz!Card)
 E-Mail: pohlann@oemus-media.de

Herstellung
 Sven Hantschmann
 (Grafik, Satz)
 Tel.: 03 41/484 74-1 14
 E-Mail: s.hantschmann@oemus-media.de

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/484 74-0.
 Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Mit Einsendung des Manuskriptes gehen das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung. Es gelten die AGB und die Autorenrichtlinien. Gerichtsstand ist Leipzig.

Nordbayern: Vorzeitiger OM-Rücktritt

Ende Oktober verkündeten der Obermeister der Zahntechniker-Innung Nordbayern (NBZI), ZTM Rudolf Lamml, und der stellv. OM, Dipl.-oec. Thomas Pichon, ihren Rücktritt von allen Ämtern. Neuer Vorstand ist nach Nachwahlen im Amt.

(hdk) – Überraschend kam die Ankündigung des seit 2001 amtierenden Obermeisters Rudolf Lamml, auf der Jahresversammlung der NBZI am 25. Oktober vorzeitig von sämtlichen Ämtern zurückzutreten. Während im Obermeisterbrief vom 12.10. noch private „enorme Belastung“ und mangelnde Unterstützung seitens Teilen des Vorstandes und der Geschäftsführung als Gründe für die Entscheidung genannt wurden, erklärte Lamml im Interview mit der ZT Zahntechnik Zeitung, über die Motive seines Rückzuges ins Familien- und Geschäftsleben keine weiteren Auskünfte erteilen zu wollen. Über die Beweggründe des scheidenden Stellvertreters und VDZI-Vorstandsmitglieds Thomas Pichon hingegen war nichts zu erfahren. Im September ersuchte die Bandulet GmbH, deren Mehrheitsgesellschafter und Geschäftsführer Pichon ist, mit mehreren Betrieben um vorzeitigen Austritt aus den jeweiligen Innungen. Im Februar dieses Jahres erklangen Stimmen, die die Niederlegung seiner Ämter forderten. Ein Schreiben seines Dentallabors sorgte derzeit mit der Äußerung für Empörung, der Schrumpfungsp-

zessanderer Dentallabore sei nicht ausreichend, was im Nachhinein vom Unterzeich-



Abrupt aus dem Amt geschieden: Nordbayerns OM Rudolf Lamml und sein Stellvertreter Thomas Pichon (unten).



ner Pichon als „fatales Missverständnis“ bezeichnet wurde (ZT berichtete). Inwieweit sich sein Rückzug aus der Innung auch auf seinen Vorstandsposten im VDZI auswirkt, wird in nächster Zukunft zu klären sein. Die Nachfolge in der NBZI traten der Nürnberger ZTM Werner Schmelz als Ober-

meister und der für Öffentlichkeitsarbeit zuständige ZTM Helmut Knittel als stellv.

OM an. In den Vorstand nachgewählt wurden außerdem der Erlanger ZTM Hans-Peter Bärthlein und Dipl.-Volkswirt Guido Braun aus Würzburg. Die „jäh gerissenen Lücken werden so mit langjähriger standespolitischer Erfahrung gefüllt, um die Wiederaufnahme der täglichen Innungsgeschäfte zu gewährleisten“, so Knittel im Gespräch mit der ZT. „Es gilt nun, Geschlossenheit zu demonstrieren – besonders angesichts des Arbeitsplatzeinbruchs auch in unserer Region.“ Braun zeigte sich im Gespräch mit der ZT tatfreudig ob der auf ihn zukommenden Aufgaben. Die Innungsarbeit sei im Laufe des Jahres stagniert, so existiere z. B. derzeit kein Haushalt, weil es 2006 auch keine Frühjahrsversammlung gegeben habe. Der neue Vorstand folgte der umgehenden Einberufung einer Sitzung auch trotz des Feiertages Allerheiligen, hier stand jedoch zunächst die interne Information der Innungs-

mitglieder im Vordergrund. Eine offizielle Stellungnahme zu den weiteren Zielen des neuen Gremiums gibt es vorläufig noch nicht – sie werde jedoch, zusammen mit der offiziellen Vorstellung des neuen Vorstandes, auf der außerordentlichen Versammlung am 9. Dezember bekannt gegeben. **ZT**

ZT Kurznotiert

Eine Milliarde Euro erhalten die gesetzlichen Krankenkassen im kommenden Jahr in Form eines zusätzlichen Steuerzuschusses. Das Geld soll über massive Umschichtungen im gesamten Bundeshaushalt aufgebracht werden. Auf den Betrag einigten sich Union und SPD, hieß es in Koalitionskreisen in Berlin. Die Regierungsparteien hatten vereinbart, den Einstieg in die steuerfinanzierte Kindermitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung um ein Jahr auf 2007 vorzuziehen. Die Rede war von einem Betrag zwischen 1 und 1,5 Mrd. Euro. Damit soll ein Beitragsanstieg im kommenden Jahr eingedämmt werden. Steuermehreinnahmen in diesem und im nächsten Jahr geben der Bundesregierung genügend finanziellen Spielraum. Der frühere Einstieg in die mit der Gesundheitsreform geplante Steuer-Teilfinanzierung des Gesundheitswesens würde 2007 somit einen Gesamtzuschuss von 2,5 Mrd. Euro an die Kassen ergeben. Nötig wären 5 Mrd. Euro, um eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,5 Prozentpunkte auf mehr als 14,7 Prozent zu vermeiden. 1 Mrd. Euro entspricht etwa 0,1 Beitragssatzpunkten. Ungeachtet der Warnungen der gesetzlichen Krankenkassen vor drastischen Beitragssteigerungen hält Kanzlerin Angela Merkel (CDU) dauerhaft stabile Beiträge für realistisch. *(Financial Times Deutschland)*

Eine Strafsteuer plant die Regierung für Unternehmen, die Jobs ins Ausland verlegen. Die massive Jobverlagerung, die mit den neuen Geschäften einhergeht, hat die Bundesregierung wohl unter anderem bei ihrem neuen Reformvorhaben im Blick. Im Rahmen ihrer neuen Unternehmenssteuerreform plant sie nach Informationen des Spiegel eine Strafsteuer auf Jobverlagerungen und für den Know-how-Transfer ins Ausland. Das geht aus einem vertraulichen Entwurf für ein Verwaltungsschreiben des Bundesfinanzministeriums an die Finanzbehörden hervor. Danach soll ein Unternehmen künftig „bei Verlagerung der gesamten Produktion ins Ausland“ Steuern zahlen. Als weitere steuerrelevante Tatbestände listet das Schreiben unter anderem die Ausleihe deutschen Personals in Niedrigsteuergebieten. Auch die Übertragung von Patenten und Produktionsverfahren an Auslandstöchter sollen künftig in die Berechnung mit einfließen. So soll verhindert werden, dass die Kosten noch in Deutschland geltend gemacht, deren Erträge dann aber im Ausland günstiger versteuert werden. *(Spiegel)*

ANZEIGE

triceram* de

Die Keramik für die CAD/CAM Technologie

Zirkoniumdioxid und Titan

- Triceram* für ZrO₂
 - Fluo Liner
- Triceram* für Ti
 - Pastenbondler
- Triceram* für Ti und ZrO₂
 - Chronis Dentin
 - Intensive Fluo Dentin
 - Opaker Gingival
 - Schneidmassen, opalisierend

Lassen Sie sich von uns beraten: Wir von Dentaurum stehen Ihnen mit Kompetenz und Engagement zur Verfügung. Hotline +49 72 31 / 803-440

Informationen und Verarbeitungsanweisungen zu den Dentaurum Keramiksystemen finden Sie im Internet unter www.dentaurum.de.

Bildquellenachweis:
 Dr. Eric Sanchez - Mexico City / Mexico
 Axel Seeger - Berlin

DENTAURUM

Tumstraße 31 · 75228 Espringen · Germany · Telefon +49 72 31 / 803-0 · Fax +49 72 31 / 803-821
www.dentaurum.de · E-Mail: info@dentaurum.de

Verlängerung des Ausbildungspaktes?

Der 2003 von Rot-Grün beschlossene vierjährige Ausbildungspakt soll nach Plänen der großen Koalition über das geplante Ende im Sommer 2007 hinauslaufen – trotz des höchsten Stands ausbildungsloser Jugendlicher seit 1990.

(hdk) – Das Ausbildungsjahr beginnt und 50.000 Jugendliche sind ohne Lehrstelle. Doch Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages versucht zu beruhigen: Es gebe derzeit „mehr offene Ausbildungsplätze als noch nicht vermittelte Jugendliche“ und nennt in diesem Zusammenhang 40.000 staatlich geförderte Qualifikationsstellen (EQJ), 15.000 betriebliche und 17.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze. Dass allerdings nur die Hälfte der Jugendlichen nach EQJ auch in einer betrieblichen Ausbildung landet und somit lediglich „unsinnige Warteschleifen“ geschaffen sind, relativiert IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner und rechnet mit real 100.000 Suchenden in diesem Herbst. Aus genauerem Betrachten der letzten Lehrstellenbilanz der Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass sich die 94 % versorgter Bewerber verteilen auf: 48 % in Lehrstellen, 15 % in Wehr- oder Zivildienst bzw. FSJ/FÖJ, 11 % in Schule oder Studium, 11 % beschäftigt ohne Ausbildung, 8 % in be-

rufsvorbereitende Programme, z.B. EQJ. Die übrigen 6 % bilden die derzeit 50.000 Unversorgten. Von „einem weiteren verlorenen Jahr für die Jugendlichen“ spricht Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der ver.di. Anstelle eines freiwilligen Paktes sei eine Zwangsab-

ANZEIGE

Ooclu Plus

Das Feinest-Pulver

Gratis Muster anfordern!

Tel.: 0203/99 268-0
www.hagen-erfunde.de

gabe für nicht oder zu wenig ausbildende Unternehmen nötig. ZDH-Präsident Otto Kentzler warnt vor der Abgabe, da sie die Betriebe nur „zusätzlich finanziell und bürokratisch belastet“ und ruft stattdessen alle Beteiligten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf, sich konstruktiv am Bildungspakt zu beteiligen.

gen. Die größere Lehrstellenlücke sei laut Kentzler lediglich auf eine geänderte Zählweise zurückzuführen. Hartz IV hatte auch vorher nicht erfasste Ältere zur Meldung gezwungen. Der „geringe Beschäftigungsrückgang“, so Kentzler, sei allerdings Grund, gemeinsam für mehr Lehrstellen zu kämpfen. Hierfür sei es aber vonnöten, dass junge Menschen besser für einen Eintritt in die Berufsausbildung vorbereitet sind. Er begrüßt eine Verlängerung des Ausbildungspaktes und sehe darin Rückenwind und Perspektive für das Handwerk, das ohnehin „jahrelang über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet“ habe. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Nicolette Kressl wies auf die Verantwortung der Unternehmen hin, Ausbildungsplätze zu schaffen; man dürfe sich nicht wundern, wenn künftig Fachkräfte fehlten. Vom Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) war bis Redaktionsschluss leider keine Stellungnahme zum Ausbildungspakt zu bekommen. **ZT**